



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 65. Ratssitzung vom 1. November 2023

2436. 2023/452

**Dringliches Postulat der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 20.09.2023:
Verzicht auf die vorgesehene Erhöhung der Taxen in den Gesundheitszentren für
das Alter**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

***Florian Utz (SP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2285/2023): Viele Menschen machen sich Sorgen, wie sie sich das Leben in unserer Stadt zukünftig leisten können. Steigende Mietkosten, Krankenkassenprämien und Lebensmittelkosten stehen Löhnen gegenüber, die dieser Entwicklung nicht standhalten. Die Vermögen sinken wegen der Inflation real betrachtet. In solchen Zeiten sollte die Politik die Kaufkraft stärken. Darum steht es quer in der Landschaft, wenn das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) beschliesst, die Gebühren der Alterszentren um durchschnittlich 6205 Franken anzuheben. Dieser Anstieg übersteigt gemäss Landesindex der Konsumentenpreise die Teuerung seit der letzten Gebührenerhöhung dreifach, noch ohne das Jahr 2023 miteinzuberechnen. Im neuen Reglement des Stadtrats ist zunächst alle drei, dann alle zwei Jahre eine automatische Überprüfung der Gebühren, also eine regelmässige Erhöhung vorgesehen. Es ist absehbar, dass im Jahr 2027 die nächste massive Steigerung ansteht. Ein Gebührenanstieg von 6000 Franken stellt für Menschen des Mittelstands ohne Ergänzungsleistungen ein Problem dar. Es ist ungerecht, wenn ältere Menschen den Gürtel enger schnallen müssen, wenn es der Stadt finanziell gut geht. Den Grundstein für diesen Erfolg legte die Generation, die sich in den Alterszentren befindet. Es ist nur gerecht, wenn diese Menschen am Erfolg der Stadt teilhaben können. Die Gebührenerhöhung ist inhaltlich und formell falsch. Es macht keinen Sinn, wenn der Stadtrat die Gebührenerhöhung auf Anfang des Jahres 2024 durchführt, da es absehbar ist, dass der Gemeinderat eine eigene, anders lautende Verordnung erlassen wird.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung:

***STR Andreas Hauri:** Die Gesundheitszentren für das Alter (GFA) leisten wertvolle Arbeit für die hochbetagten Menschen unserer Stadt. Der Marktanteil bewegt sich in der Stadt um die 50 Prozent. Die restlichen Prozente verteilen sich auf private und privatgemeinschaftliche Institutionen, die lokal in den Quartieren verankert sind. Die Fusion zwischen den Alters- und Pflegezentren zu den GFA bewährt sich bereits mit positiven Auswirkungen: Die Marktposition konnte gestärkt, die integrierte Versorgung optimiert werden, die*



Durchlässigkeit des Angebots wurde noch konsequenter umgesetzt und für die Mitarbeitenden stehen mehr Möglichkeiten zur Verfügung. Wenn über die Taxanpassung gesprochen wird, sind die Hotellerie und Betreuung gemeint. Die Pflege ist anders finanziert. Die Unterdeckung der GFA in den Bereichen Hotellerie und Pflege ist seit Jahren zunehmend. Die Taxen wurden seit dem Jahr 2015 nicht mehr angepasst. Die Kosten sind aber an mehreren Punkten gestiegen. Die Taxanpassung fokussiert nicht auf eine hundertprozentige Kostendeckung – der diskutierte Betrag liegt darunter. Die neue Taxordnung soll ausgewogen, fair und transparent sein, sodass sie für alle Zürcherinnen und Zürcher unabhängig von ihrer finanziellen Situation machbar ist. Die bisherige Taxordnung führte zu Ungerechtigkeiten innerhalb der GFA und liess es u.a. nicht zu, Unterschiede bei Neubauten zu machen. Die Häuser weisen daher unterschiedliche Standards auf, das ist nicht richtig. Mit der Altersstrategie 2035 betonten wir die Wichtigkeit des vielfältigen Angebots in der Stadt. Dazu gehören auch zahlreiche Angebote von privatgemeinnützigen Organisationen. Die bisherigen Taxen setzen gerade diese Trägerschaften immer mehr unter Druck. Sie sind mit steigenden Kosten konfrontiert und untergedeckt, was sie sich nicht leisten können. Das Preisgefälle zwischen den städtischen und privatgemeinnützigen Institutionen steigt. Mit der Taxanpassung soll dieser Trend abgefedert werden. Alle Institutionen müssen regelmässig überprüfen, ob die Taxen stimmen und ihre Rechnung aufgeht. Im Gegensatz zur Stadt, die im Jahr 2015 zuletzt eine Taxanpassung vornahm, prüfen Private und Privatgemeinnützige im Normalfall jährlich, ob es Anpassungen braucht. Es gibt eine Übergangslösung, die eine Abfederung ermöglicht: In den nächsten zwei Jahren wird eine Maximalerhöhung von 420 Franken pro Monat gedeckt, unabhängig davon, wie die Person eingestuft wurde. Generell gilt, dass sich die Erhöhung nur auf die Bewohnenden direkt auswirkt, die ihren Aufenthalt bei den GFA selbst zahlen können. Heute sind 50 Prozent der Bewohnenden dazu nicht in der Lage. Sie werden durch unser Sozialsystem vom Amt für Zusatzleistungen unterstützt und ihre Kosten übernommen. Für diese Personen ändert sich mit der Taxanpassung nichts. Es ist mir ein Anliegen, dass alle Menschen unserer Gesellschaft im hohen Alter bei Bedarf in ein GFA können. Die Taxanpassung hat keinen Einfluss auf die Tatsache, dass alle willkommen sind. Nun komme ich zu den Reaktionen. Erstens wurde gegen die Ausführungsbestimmungen, die wir im Stadtrat erliessen, kein Rechtsmittel ergriffen. Zweitens informierten wir in allen Häusern breitflächig und transparent, sowohl die Betroffenen als auch die Angehörigen. Es gingen kaum Beschwerden ein. Beim Preisüberwacher gingen einzelne Anfragen ein. Von ihm kam die Rückmeldung, dass es keine Beanstandungen zur Erhöhung der neuen Taxen gibt: «Auch die angepassten Tarife mögen die prognostizierten Kosten der Leistungserbringung nicht vollständig decken. Des Weiteren liegen die Pensions- und Betreuungstaxen der Gesundheitszentren für das Alter auch nach der geplanten Anpassung unter dem Durchschnitt der Angebote in der Stadt Zürich, sowie auch im ganzen Kanton». Ein Benchmark-Vergleich hat ergeben, dass die Gesamttaxen des Jahres 2024 für ein Einzelzimmer in einem GFA 30 Franken pro Tag und 900 Franken pro Monat günstiger ist, als im städtischen Durchschnitt. Im Dezember 2022 verabschiedete der Gemeinderat die neue Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere, unterstützungs- oder pflegebedürftige Personen (VsEP) deutlich. Mit dieser delegierten sie die Kompetenz zur Festlegung der Taxen an den Stadtrat. In den damaligen Kommissi-



onsberatungen wies ich darauf hin, dass eine Taxerhöhung unumgänglich sein wird. Bewohnende und Angehörige nahmen die Anpassung insgesamt gut auf, doch im Parlament kommt es zu starkem Widerstand. Im Stadtrat sind wir nach wie vor der Meinung, dass die Taxanpassung gerechtfertigt ist. Im Rahmen der Behandlung der Parlamentarischen Initiative werden wir im Detail aufzeigen, was das in der Stadt und im Vergleich zu den privatgemeinnützigen Organisationen bedeutet. Die Mehrheitsverhältnisse sind klar, aber ich bitte Sie, die Sache zu überdenken, wenn die Diskussionsrunde ansteht.

Weitere Wortmeldungen:

David Ondraschek (Die Mitte): Die privatgemeinnützigen Altersinstitutionen in der Stadt schlossen sich vor Jahren zur Interessensgemeinschaft gemeinnütziger Altersinstitutionen Stadt Zürich (IGA-Zürich) zusammen, um ihre Interessen gegenüber Politik und Öffentlichkeit zu bündeln. Diese 25, in der IGA-Zürich zusammengeschlossenen Institutionen, sind im jeweiligen Quartier durch lokale Trägerschaften stark verwurzelt. Vieles geschieht in diesen durch Freiwilligenarbeit mit hohem Engagement. Diese 25 Institutionen erbringen mit etwa 1800 Betten ein grosses Angebot und leisten einen entscheidenden Beitrag zur Versorgung der älteren Bevölkerung in den Heimen. Der Vorstoss bringt insbesondere die privatgemeinnützigen Altersinstitutionen in Schwierigkeiten. Der Kostendeckungsgrad von Betreuung und Hotellerie beträgt nach der Taxerhöhung immer noch nur 95 Prozent, was im Vergleich zu anderen Anbietern gering ist. Das stellt diese Institutionen vor existenzbedrohende Probleme. Der Staat hat keinen Auftrag, Private zu konkurrieren und im Fall der GFA ist das besonders stossend. Auf der einen Seite hat der Gemeinderat der Weisung zur Volksinitiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich» einstimmig zugestimmt, mit der 2000 zusätzliche Alterswohnungen gefordert werden. Nun soll eine ähnlich grosse Anzahl Betten bedroht werden. Das ist grotesk und absurd. Die privatgemeinnützigen Institutionen müssen kostendeckend arbeiten und können sich keine steuersubventionierten Defizite leisten. Es braucht gleich lange Spiesse. Das Ziel muss sein, dass die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt die Wahl haben, ob sie in eine städtische oder eine privatgemeinnützige Institution eintreten. Das darf nicht alleine der Preis entscheiden. Das gilt besonders für jene Personen, die weder vermögend noch zu Ergänzungsleistungen berechtigt sind. Für Personen mit Ergänzungsleistungen ist sowohl in Privatinstitutionen wie in städtischen GFA bei höheren Taxen gesorgt. Eine Ablehnung der Taxerhöhung ist gegenüber den Leistungen und Aufgaben der privatgemeinnützigen Altersinstitutionen unfair, da die städtischen GFA deutlich günstiger operieren können, beziehungsweise am Ende der Steuerzahler der Stadt die Differenz übernimmt. Die Fraktion Die Mitte/EVP lehnt das Postulat mit Nachdruck ab.

Julia Hofstetter (Grüne): Es gibt Aufgaben, die wir als Gesellschaft leisten sollten. Be-tagte Menschen haben in ihrem Leben viel für die Allgemeinheit getan. Darum lehnen die Grünen die Taxerhöhung in dieser Höhe ab. Einzelne sollen nicht zusätzlich belastet werden, wenn es andere Möglichkeiten gibt. Diese möchten wir vom Stadtrat hören.

Moritz Bögli (AL): Die vom Stadtrat beschlossene Erhöhung ist nicht gerechtfertigt. Das Recht auf ein würdevolles, bezahlbares Altwerden in der Stadt ist unseres Erachtens ein Grundrecht. Die vom Stadtrat beschlossene Erhöhung betrifft genau den bezahlbaren



*Teil. Die Kosten treffen den Mittelstand ohne Ergänzungsleistungen hart und machen ein unsolidarisches System noch unsolidarischer. Das geht nicht. Die Parlamentarische Initiative wurde überwiesen. Hoffentlich beginnt der Stadtrat die Sache nun zu überdenken. Das Argument der liberalen Seite, dass es unfair gegenüber privaten Anbieter*innen sei, ist zu vernachlässigen. Es ist jetzt einfach so. Sie will zudem nicht anerkennen, dass allen Menschen ein würdevolles Alter zusteht. Es ist unmenschlich zu meinen, dass der Privatmarkt das regeln werde. Er bringt es nicht zustande, bezahlbares Wohnen und Altern anzubieten. Der Staat kann keine Menschen abweisen, während Private sich Menschen aussuchen können, die erwartungsgemäss wenig kosten werden.*

Deborah Wettstein (FDP): *Aus Sicht der FDP ist es unstrittig, dass die durch den Stadtrat geplante Taxanpassung der GFA längst überfällig ist. Die festgelegte Taxerhöhung fällt angesichts der Kostenentwicklung der vergangenen Jahre nicht übermässig aus. Die GFA stellen ein hochstehendes Angebot zur Verfügung, das in den heutigen Taxen nicht abgebildet ist und über Steuergelder querfinanziert wird. Es soll eine Anpassung geben, ansonsten wird die Stadt dem Auftrag der Gleichstellung nicht gerecht. Ohne die Taxerhöhung gibt es eine grosse Ungleichheit für die privatgemeinnützigen Altersinstitutionen, die gezwungen sind, kostendeckend zu wirtschaften. Sie erhalten keine Querfinanzierung durch Steuergelder. Es ist wichtig und richtig, dass alle Altersinstitutionen gleiche Rahmenbedingungen haben. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt sollen wählen können, ob sie in eine städtische oder privatgemeinnützige Institution eintreten wollen. Der Preis darf nicht der ausschlaggebende Faktor sein. Unter Kaufkraft verstehen wir nicht, dass das Geld von anderen verteilt, sondern dass mehr Geld erwirtschaftet wird, damit die Bevölkerung mehr im Portemonnaie hat. Die FDP lehnt das Postulat ab.*

Florine Angele (GLP): *Vor knapp einem Jahr stimmten wir dem Erlass über die Verordnung für die GFA in diesem Gremium einstimmig zu. Darin steht, dass die städtischen Einrichtungen taxgestützt auf betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, wie es das Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip festlegt, basieren. Zudem können diese Taxen im Rahmen einer allgemeinen Kostensteigerung in Kompetenz des Stadtrats angepasst werden. Der Rahmen für die Festlegung der Taxen ist klar geregelt. Wer die Zahlen der GFA studiert, merkt, dass die Unterdeckung in den letzten Jahren stark angestiegen ist. Es gibt klaren Handlungsbedarf. Die letzte Anpassung, der die GLP bereits zustimmte, erfolgte im Jahr 2015. Die städtischen Einrichtungen decken 50 Prozent der Nachfrage ab, womit klar ist, dass wir von Privaten abhängig sind. Wenn es nicht zu der nötigen Taxerhöhung kommt, erfahren die Betriebe eine enorme Benachteiligung. Im Postulat spricht man von einer ungerechten zusätzlichen finanziellen Belastung der Bewohnerinnen und Bewohner der GFA. Es sei besser, wenn der Steuerzahler einspringe. Laut STR Andreas Hauri erhielten die Bewohnerinnen und Bewohner die Informationen und zeigten sich verständnisvoll. Die Aussage von Moritz Bögli (AL), dass das Grundrecht auf Betreuung im Alter in der Stadt gefährdet sei, finde ich übertrieben. Jeder alte Mensch findet in Zürich einen Platz zur Betreuung. Für die GLP ist die Taxanpassung verständlich und dringend notwendig. Damit werden eine einheitliche Taxregelung und mehr Transparenz geschaffen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Die SVP ist die Partei des Mittelstands. Darum unterstützen wir eine solch starke Erhöhung nicht. Die SVP-Politik ist vom Grundsatz «weniger Staat,*



mehr Freiheit» geprägt. Wenn der Staat sich ausbreitet und mehr Geld will, widerspricht das dem liberalen Grundsatz. Die FDP sollte umdenken und sich überlegen, wie sie die Privaten unterstützen kann, anstatt den Staat auszubauen und die Gebühren für den Mittelstand zu erhöhen. Dass sich eine Allianz von AL, SP, Grüne und SVP gebildet und die sonstigen Differenzen beiseitegelassen hat, finde ich wunderbar demokratisch.

Florian Utz (SP): *Deborah Wettstein (FDP) meinte sinngemäss, dass Kaufkraft geschaffen wird, indem man arbeiten geht. Das ist nicht falsch, aber sollen die Leute in den GFA wieder arbeiten gehen? Das taten sie ihr ganzes Leben. Florine Angele (GLP) meinte, dass die Menschen kein Problem mit der Gebührenerhöhung hätten, sondern sich fast darauf freuten. Wenn man eine freiwillige Gebührenerhöhung einführen würde, könnte man sehen, wer sich tatsächlich freut. Von verschiedenen Seiten wurde argumentiert, dass die Gebühren kostendeckend sein müssten und es die Erhöhung brauche. Ich möchte daran erinnern, dass der Rat vor wenigen Jahren ein Postulat überwies, das explizit keine Erhöhung verlangte, sondern dass ein allfälliges Defizit aus städtischen Mitteln zu decken sei. Aus demokratiepolitischer Sicht wundere ich mich, warum dieser Entscheid nicht respektiert wird. Bislang wurde von niemandem in Frage gestellt, ob es wirklich ein Defizit gibt. Es wurde vorgerechnet, dass es ohne Gebührenerhöhung ein Defizit von 26 Millionen Franken gäbe. Ich erinnere daran, dass wir im Budget 2022 bei der Produktgruppe 1 Hotellerie und Betreuung der Alters- und Pflegezentren je einen Überschuss von 4 Millionen Franken verzeichneten. Innert kürzester Zeit verwandelte sich ein Überschuss von 8 Millionen Franken in ein Defizit von 26 Millionen Franken. Die Antwort an die Rechnungsprüfungskommission (RPK) zur Frage, wie sich diese Entwicklung ergeben konnte, erfolgt nächste Woche. Meine Vermutung ist, dass gewisse Kosten anders berechnet werden und das Defizit auf dem Papier, nicht real entsteht. Die richtige Berechnungsmethode ist zu diskutieren. Wenn gesagt wird, dass gleich lange Spiesse für GFA herrschen sollen, wird nicht berücksichtigt, dass die privatgemeinschaftlichen Institutionen im Gegensatz zu den städtischen voll ausgelastet sind. Es findet keine Verlagerung von privatgemeinschaftlichen zu städtischen GFA statt. Momentan herrscht eher das gegenteilige Problem. Von Seiten SP sind wir offen, bei Notwendigkeit privatgemeinschaftliche GFA finanziell zu unterstützen. In allen Fällen sollen es nicht die Seniorinnen und Senioren sein, die die Rechnung bezahlen. Zur Schätzung, dass 50 Prozent der Bewohnenden Ergänzungsleistungen beziehen, wünsche ich mir konkrete Daten und Fakten. Eine so massive Erhöhung kann man nicht mit Schätzungen begründen. Sollte sie sich als richtig herausstellen, haben wir ein riesiges Problem der Altersarmut. Dann braucht es einen Masterplan, der über den Verzicht auf eine Gebührenerhöhung hinausgeht.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung:

STR Raphael Golta: *Es erfolgt eine Einordnung aus sozialpolitischer Sicht. Gewisse Voten haben mich irritiert, wenn ich unsere Rechnung und unser Engagement berücksichtige. Florian Utz (SP) meinte, dass es in der Stadt einen Masterplan gegen Altersarmut brauche. Diesen haben wir bereits unter dem Namen «Zusatzleistungen». Selbstverständlich hätten wir ein immenses Problem mit Altersarmut, wenn dieses System nicht auf allen föderalen Ebenen existieren würde. Wie exakt die Schätzung von 50 Prozent ist, kann ich spontan nicht sagen, doch sie wirkt realistisch. Das hat damit zu tun, dass*



6 / 6

Menschen im Alter auf diese Zusatzleistung angewiesen sind und die Hotellerie und Betreuung in jeder städtischen Unterbringung kosten. Es wird sorgfältig geprüft, dass diese Kosten der tatsächlichen Lebensqualität entsprechen. Das kostet viel Geld. Die 50 Prozent Zusatzleistungen bedeuten, dass viele ältere Menschen in ihren letzten Jahren eine städtische GFA nicht selbst finanzieren können. Eine tief angesetzte Taxe führt nur dazu, dass die betroffenen Menschen ein bisschen später als bei höheren Taxen Zusatzleistungen beziehen müssen. Es wurde auch gesagt, dass man ein würdevolles Altern ermöglichen will. Das ist selbstverständlich und unser Anspruch. Darum gibt es die Zusatzleistungen. Wenn der Umkehrschluss ist, dass ein würdevolles Altern nicht möglich ist, wenn man auf diese angewiesen ist, finde ich das irritierend. Da erwarte ich Vorschläge von Ihrer Seite, wie dieses würdevolle Leben mit Zusatzleistungen erreicht wird.

Das Dringliche Postulat wird mit 69 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat